

## Beschluss Wo bleibt das Klimageld? – Für sozial gerechten Klimaschutz!

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz Jena 02. bis 04. Februar 2024  
Beschlussdatum: 03.02.2024  
Tagesordnungspunkt: 9. Sonstige Anträge

### Antragstext

- 1 Die Verteuerung fossiler Energie durch steigende CO<sub>2</sub>-Preise ist angesichts der  
2 Klimakrise notwendig. Es ist ein wichtiger Anreiz, damit wir auf moderne,  
3 umweltschonende Technologien umsteigen und die Klimakrise eindämmen können.  
4 Gleichzeitig braucht es aber auch einen sozialen Ausgleich.
- 5 Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, die gesamten Einnahmen aus dem  
6 nationalen CO<sub>2</sub>-Preis und dem Europäischen Emissionshandel (ETS) an die  
7 Bürger\*innen in Form eines Klimageldes zurückzugeben. Der Auszahlungsmechanismus  
8 muss möglichst bald zur Verfügung stehen, damit die Auszahlung des Klimageldes  
9 Anfang 2025 starten kann.
- 10 Die Preissteigerungen durch die Anhebung des CO<sub>2</sub>-Preises und die steigenden  
11 Preise des Europäischen Emissionshandels (ETS) treffen besonders mittlere und  
12 untere Einkommenshaushalte. Die Heizkosten und das Tanken werden teurer und  
13 belasten viele Mieter\*innen, Beschäftigte und Verbraucher\*innen.
- 14 Dabei sind es vor allem Menschen mit hohem Einkommen und Vermögen, die mit ihrem  
15 teils exzessiven Lebensstil am meisten Treibhausgase ausstoßen und so die  
16 Klimakrise am stärksten anheizen: Weil sie insgesamt mehr konsumieren, mehr Auto  
17 fahren oder häufiger fliegen. Das reichste Prozent in Deutschland verursacht  
18 durchschnittlich pro Kopf fünfzehn Mal so viele CO<sub>2</sub>-Emissionen wie ein Mensch  
19 aus der ärmeren Hälfte der Bevölkerung.
- 20 Die schnelle Einführung eines Klimageldes würde besonders die unteren und  
21 mittleren Einkommen entlasten. Zugleich belohnt es diejenigen, die weniger CO<sub>2</sub>  
22 verursachen.
- 23 Das Klimageld sollte dabei nicht nur die Einnahmen aus dem CO<sub>2</sub>-Preis der  
24 kommenden Jahre an die Menschen zurückgeben, sondern auch in angemessenem Umfang  
25 die der letzten Jahre. Dafür dürfen diese Einnahmen nicht für andere Maßnahmen,  
26 wie beispielsweise Förderprogramme, genutzt werden. Das widerspricht dem  
27 Anspruch des Klimageldes, eine sozial gerechte Ausgleichsmaßnahme zu sein.  
28 Notwendige Investitionsförderungen für die klimaneutrale Transformation sollten  
29 anderweitig aus dem Bundeshaushalt finanziert werden, notfalls auch durch  
30 Kreditaufnahme.
- 31 Die Bundesregierung muss Wort halten und das Klimageld als sozialen  
32 Ausgleichsmechanismus schnellstmöglich einführen. Nur so kann Klimaschutz sozial  
33 gerecht und mit der notwendigen gesellschaftlichen Akzeptanz erreicht werden.

### Begründung

- 34 Es es richtig, dass klimaschädliches Verhalten teurer wird.

- 35 Aber, dass Löcher im Haushalt durch Konsumsteuern gestopft werden, die vor allem  
36 die untere Hälfte der Bevölkerung treffen, ist sozial ungerecht und führt dazu,  
37 dass die Akzeptanz für Klimaschutz verloren geht.
- 38 Das Klimageld ist eine gute und wichtige Maßnahme. Daher muss es  
39 schnellstmöglich umgesetzt werden. Es kann nicht sein, dass die Einnahmen aus  
40 dem CO<sub>2</sub>-Preis jetzt genutzt werden, um Löcher im Haushalt zu stopfen.